

Einladung zur Fortbildungsveranstaltung:

Neue Rechtsgrundlagen (Asylpakete) - Auswirkungen für Flüchtlinge in Niedersachsen

Freitag, 10. Juni 2016, 13.00 – 17.00 Uhr

Veranstaltungsort: Flüchtlingsrat Niedersachsen, Röpkestr. 12, 30173 Hannover

Referent*innen: **RAin Claire Deery (Göttingen) und RA Dündar Kelloglu (Hannover)**

Inhalte:

Mit den sogenannten „Asylpaketen I und II“ wurden in den letzten Monaten eine ganze Reihe von gesetzlichen Veränderungen beschlossen. Unter anderem wurde die Liste der sogenannten „sicheren Herkunftsländer“ erweitert, Schnellverfahren und Aufenthaltsverbote wurden eingeführt, und Regelungen zum Vollzug von Abschiebungen wurden verschärft. Für bestimmte Flüchtlingsgruppen wurde eine unbefristete zentrale Unterbringung festgeschrieben. Die Einschränkung des Familiennachzugs für Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz hat insbesondere auch vor dem Hintergrund der geänderten Entscheidungspraxis bei syrischen Flüchtlingen erhebliche Folgen. In diesem Seminar werden zwei in der Anwendung des Asyl- und Aufenthaltsrechts versierte Rechtsanwält*innen die neuen Regelungen und ihre Auswirkungen umfassend darstellen und bewerten.

Zielgruppe:

Das Seminar richtet sich an haupt- und ehrenamtliche Beraterinnen und Berater von Flüchtlingen, die bereits über fortgeschrittene Kenntnisse des Aufenthalts- und Asylrechts verfügen.

Mitzubringen:

Jede*r Teilnehmer*in erhält einen ausführlichen Reader mit Seminarunterlagen. Wenn vorhanden bringen Sie bitte Gesetzestexte mit (z.B. Ausländerrecht, beck dtv 5537; Gesetze für die Soziale Arbeit, Nomos).

Anmeldung:

Eine verbindliche Anmeldung beim VNB ist erforderlich. Die Teilnehmerzahl ist auf maximal 30 beschränkt. Sie erhalten eine Anmeldebestätigung bzw. Absage per E-Mail.

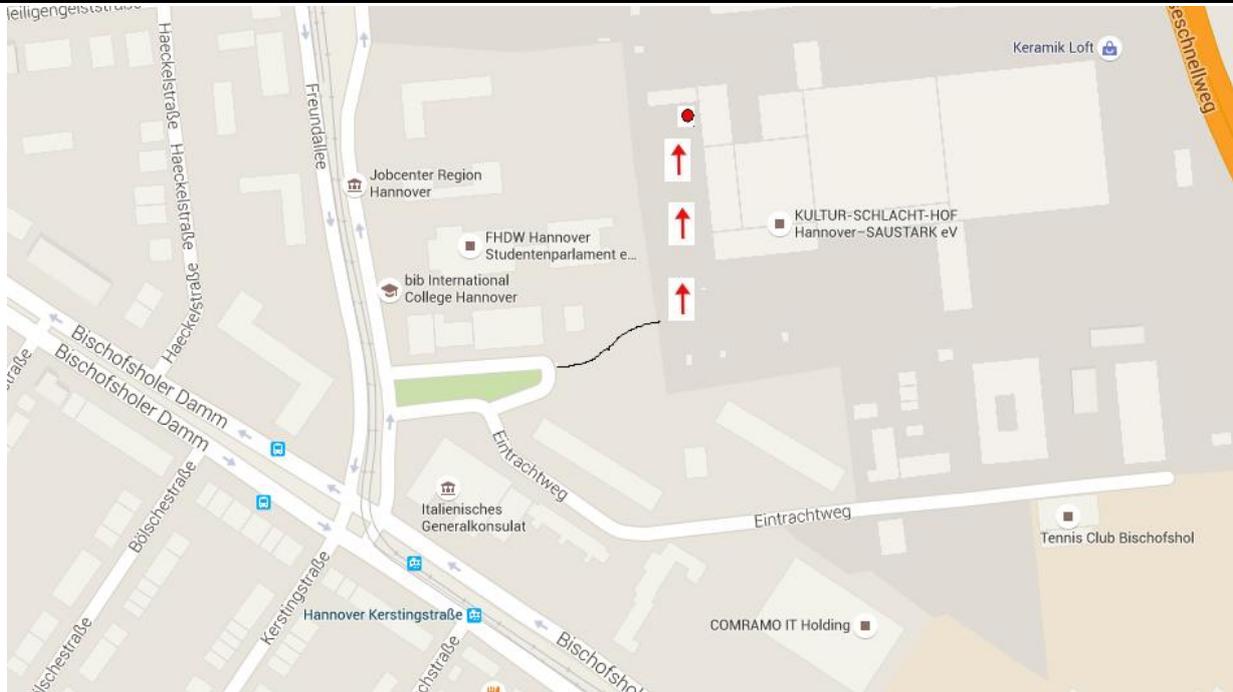
Teilnahmebeitrag und Ausfallgebühr:

Ein Teilnahmebeitrag wird nicht erhoben. Sollten Sie nicht erscheinen, ohne uns mindestens 24 Std. vorher abzusagen, müssen wir jedoch leider einen Unkostenbeitrag von 30 € erheben.

Wegbeschreibung zur Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats Niedersachsen:

Anfahrt mit Bus / Bahn:

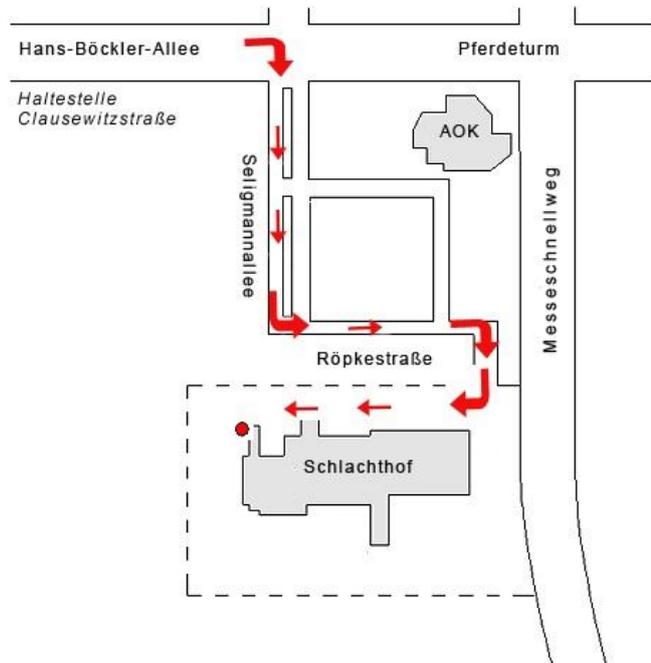
Für alle, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln ab Hauptbahnhof anreisen: Straßenbahn 1 oder 8 bis Aegidientorplatz, umsteigen in Straßenbahn 6 bis Kerstingstraße. Oder: Bus 128 vom Hauptbahnhof (Ernst-August-Platz) bis zur Kerstingstraße. Von dort führt über den Eintrachtweg und einen Parkplatz ein schmaler Fußpfad zum rückseitigen Gelände des Gewerbegebiets Alter Schlachthof.



Anfahrt mit PKW:

Nach der Einfahrt auf das Gelände der Gewerbegebiets „Alter Schlachthof“ bitte rechts halten und bis zum Ende des Geländes fahren. Hinter den Bussen geht es links um die Ecke.

(Auf dem Plan am Eingang ist das Büro des Flüchtlingsrats versehentlich unter Nr. 14 markiert.)



Anmeldung zur Fortbildung „ Neue Rechtsgrundlagen (Asylpakete) - Auswirkungen für Flüchtlinge in Niedersachsen“

Freitag, 10. Juni 2016, 13.00 – 17.00 Uhr

Veranstaltungsort: Flüchtlingsrat Niedersachsen, Röpkestr. 12, 30173 Hannover

Anmeldung bis zum 03.06.2016 per Post, per Fax (05442-804555) oder per E-Mail (anke.egblomasse@vnb.de).

Ich melde mich hiermit an:

Name: _____

Institution: _____

VNB Geschäftsstelle NordWest
z. Hd. Anke Egblomassé
Bahnhofstr. 16
49406 Barnstorf

Straße/Postfach: _____

PLZ/Ort: _____

Hauptamtlich: Ehrenamtlich:

E-Mail: _____

AMBA (Aufnahmemanagement und Beratung für Asylsuchende in Niedersachsen) ist ein Netzwerkprojekt des Flüchtlingsrats Niedersachsen e.V. mit dem Caritasverband für die Diözese Osnabrück e.V., dem Caritasverband für die Diözese Hildesheim e.V., der Inneren Mission / Evangelisches Hilfswerk im Grenzdurchgangslager Friedland e.V., dem Caritasverband Braunschweig e.V., dem Caritasverband für den Landkreis Peine e.V., kargah e.V. - Verein für Interkulturelle Kommunikation, Migrations- und Flüchtlingsarbeit, IBIS - Interkulturelle Arbeitsstelle Oldenburg e.V. sowie dem Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e.V. (VNB). Das Projekt wird aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds der Europäischen Union sowie durch das Land Niedersachsen und die UNO-Flüchtlingshilfe kofinanziert.